

Langzeitpflege und -betreuung: Zur Ungleichheit im Zugang und zur gerechten Verteilung von Ressourcen

Ruth Waitzberg, Andrea E. Schmidt (Vortragende), Miriam Bluemel

Hintergrund: Regionale Unterschiede im Zugang zu Langzeitpflege sind ein vielbekanntes Problem in vielen entwickelten Ländern. Der Beitrag zeigt einen konzeptionellen Rahmen auf, nach dem regionale Ungleichheiten in der Langzeitpflegefinanzierung analysiert werden. Dieses Verständnis bildet eine wichtige Grundvoraussetzung dafür, dass (regionale, aber auch sozioökonomische) Ungleichheiten im Zugang zu Langzeitpflegeleistungen reduziert werden. Der Aspekt der Verteilung finanzieller Mittel für Langzeitpflege innerhalb eines Staats ist bisher international nur sehr wenig untersucht worden. Das Verständnis dieses Aspekts ist für die Diskussionen zur Ausrichtung von Finanzierungssystemen in der Langzeitpflege bedeutsam. Basierend auf diesem Verständnis könnten auch Formeln für einen Risikostrukturausgleich (z.B. für sozial benachteiligte Gruppen mit höherem Risiko für Pflegebedürftigkeit) weiter entwickelt werden, sodass sozioökonomische Ungleichheit im Zugang zu Langzeitpflege reduziert werden könnten.

Theorie: Regionale Verteilungsgerechtigkeit (*distributional equity*) in der Pflegefinanzierung umfasst zwei wesentliche Elemente: (i) regional einheitliche Anspruchsvoraussetzungen (*eligibility criteria*) für Langzeitpflegeleistungen (als Voraussetzung für horizontale Gerechtigkeit im Zugang); (ii) faire und objektive Kriterien für die regionale Umverteilung von finanziellen Ressourcen für Langzeitpflege (als eine Art Risikostrukturausgleich). [Anm.: In Österreich erfolgt die Verteilung auf die Bundesländer beispielsweise basierend auf den getragenen und nachgewiesenen Nettokosten für Langzeitpflege in der Vergangenheit sowie auf dem Schlüssel der Wohnbevölkerung. In anderen Ländern wird zB auch die sozioökonomische oder soziodemographische Zusammensetzung berücksichtigt.] Der Aspekt der Verteilung finanzieller Mittel für Langzeitpflege innerhalb eines Staats ist bisher international nur sehr wenig untersucht worden. Das Verständnis dieses Aspekts ist für die Diskussionen zur Ausrichtung von Finanzierungssystemen in der Langzeitpflege bedeutsam.

Datenbasis und Analysemethoden: Qualitative Daten wurden mittels eines Fragebogens unter Expertinnen und Experten des European Observatory Health Systems and Policy Monitor (HSPM) Network in 17 OECD-Ländern erhoben. Aus der Literatur wurde ein konzeptioneller Rahmen entwickelt, der als Grundlage für den Fragebogen diente. Die Antworten wurden im Rahmen einer zusammenfassenden (Inhalts-)analyse, wobei als Analyseeinheit nicht die nationale Ebene diente, sondern regionale (Pflege-)Systeme. Der konzeptionelle Rahmen zum Thema der Verteilungsgerechtigkeit in Pflege-Finanzierungssystemen wurde basierend auf den Ergebnissen weiterentwickelt.

Ergebnisse: Von den 25 regionalen und nationalen Langzeitpflegesystemen erfüllten 11 die Kriterien für regionale Verteilungsgerechtigkeit. Vorgaben zur Risikoadjustierung variieren sehr stark hinsichtlich Komplexität.

Diskussion: Das vielschichtige Thema Langzeitpflege und -betreuung stellt angesichts der höheren Lebenserwartung in entwickelten Ländern eine der zentralen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit dar. Häufig wird es im öffentlichen (medialen) Diskurs auf einige wenige Aspekte reduziert, welche sich primär um die Entwicklung der Kosten für die öffentliche Hand drehen. Deutlich weniger Beachtung findet hingegen die Frage, wie regionale Unterschiede auch in einem föderalen System adäquat kompensiert werden können, um allen Menschen unabhängig ihres Wohnorts oder ihres sozialen Hintergrundes qualitativ hochwertige Pflegeleistungen zur Verfügung stellen zu können. Die Einreichung greift Aspekte der Wohlfahrtsstaatsökonomie und Pflegeökonomie auf, die berücksichtigt werden sollten, um einen gerechten Zugang sowie eine gerechte Verteilung öffentlicher Mittel sicherzustellen.